

Deutsch-Chinesische Nachrichten

Einzig Tageszeitung
deutscher Sprache in Ostasien

德華日報
Eingetragene als Zeitung
auf dem Chines. Postamt.

報之立掛特郵中
報券號准政華

Motto:
Ohne Rücksicht auf Parteien
Treu der alten Heimat und der neuen.

3. Jahrgang

Tientsin, Donnerstag, den 13. Oktober 1932.

Nummer 623

Deutschland mit einer Verlegung der Konferenz von London weg nicht einverstanden.

Berlin, den 12. Oktober (Havas) Die deutsche Regierung ist so erzürnt über die bevorstehende Zusammenkunft zwischen MacDonald und Herriot in London, dass sie jetzt die Teilnahme an der Konferenz verweigern wird, wenn, wie die Franzosen jetzt vorschlagen, die Konferenz in Genf oder Lausanne abgehalten werden sollte. Man erwartet immer weniger vom dem Ergebnisse der britischen Anregung einer „Fünf-Mächte-Konferenz“. Auch den neuen französischen Sicherheits- und Abrüstungs-Plan, der angeblich ein „konstruktiver“ sein soll, sieht man mit starkem Misstrauen an.

„Hier ist nichts davon bekannt,“ heisst es, „dass MacDonald den Frhrn. v. Neurath nach London eingeladen haben soll.“

Die Nachrichten von der bevorstehenden Zusammenkunft zwischen dem französischen und englischen Premierminister haben hier sofort scharfes Misstrauen hervorgerufen, da man natürlich vermutet, dass Frankreich und Grossbritannien sich über ihre zukünftige Haltung unter einander einigen werden.

Die ganze deutsche Presse antwortet inzwischen auf die veröffentlichten Einzelheiten eines neuen französischen Sicherheits- und Abrüstungs-Planes in der Weise, dass es klar ist, dass Deutschland sich weder mit einer Einschränkung seiner Freiheit in der Rüstung im Vergleich mit der anderen Mächte abfinden, noch irgendeine Verpflichtung mit Bezug auf seine Ostgrenze eingehen wird.

Der französische Abrüstungs- und Sicherheitsplan.

Paris, 11. Oktober (T. O. A.) Aus Anlass des geplanten Besuches Herriots in London gibt die Presse Einzelheiten über Frankreichs neuen „konstruktiven“ Abrüstungs- und Sicherheits-Pakt, den Herriot MacDonald vorlegen wird.

Nach dem „Petit Parisien“ gründet sich dieser auf die folgenden fünf Punkte: 1. Allgemeine Abrüstungskonvention. 2. Allgemeiner Konsultativ-Pakt; 3. Regionaler (europäischer) Kontrollpakt; 4. Bestimmung für allmähliche Bildung einer internationalen Armee; 5. Protokoll über die Anwendung des Prinzips der Gleichheit.

„Echo de Paris“ gibt in seinen Ausführungen eine ähnliche Darstellung und erklärt, dass Frankreich von Grossbritannien und den Vereinigten Staaten die Gewährung von Sicherheitsgarantien durch Errichtung eines Systems erwartet, wonach alle Nationen für die Aufrechterhaltung des Völkerrechtes verantwortlich sind.

Sollten diese Pläne sich verwirklichen, so würde Frankreich, wie die Zeitung meint, in der Lage sein, seine Rüstung wesentlich zu verringern. Die letzte Hand an dieses Projekt soll die Kabinettsitzung am Mittwoch legen, die es, wie man erwartet, einstimmig genehmigen und so Herriot eine moralische Rückenstütze, wie die Presse sagt, für die Besprechungen in London geben wird. Dass der Plan vorläufig nur allgemein lautend ist, wird im übrigen von allen Zeitungen betont.

Gegen den französischen ... ein englischer Plan.

Qualitative Gleichheit Deutschlands gegen politische Zugeständnisse im Osten

Genf, 11. Oktober (T. O. A.) Nachrichten aus London besagen, dass Herriot, wenn er dort am Mittwoch oder Donnerstag mit seinem neuen Abrüstungsplan eintrifft, sich einem neuen britischen Plan gegenübersehen wird, den MacDonald entworfen hat, und nach dem Deutschland die Gleichheit in qualitativer Rüstung zugesprochen wird. Nach diesem Plan soll Deutschland dieselbe Ausrüstung haben dürfen wie die anderen Mächte, einschl. Flugzeuge und Tanks, solange diese Waffen nicht verboten sind. Eine Erhöhung der Effektivbestände ist nicht in Aussicht genommen. Dafür sollen aber die anderen Nationen sich verpflichten, ihre Effektivbestände soweit als möglich zu verringern. Ferner verlautet, dass der Plan MacDonalds auch einen politischen Gottesfrieden vorsieht, während dessen Deutschland sich verpflichten soll, auf einer Aenderung seiner Ostgrenze nicht zu bestehen.

Dänischer Bankdiskont 3½%

Kopenhagen, 11. Oktober (T. O. A.) Die dänische Nationalbank setzte den Diskont von 4 auf 3½% herab.

Zweiter Tag der Leipziger Verhandlungen.

Standen die Nationalsozialisten hinter v. Papen? Severing verlangte Reichskommissar.

Leipzig, 11. Oktober (T. O. A.) Der zweite Tag des grossen Verfassungsprozesses vor dem Reichsgericht in Leipzig beschäftigte sich hauptsächlich mit der Frage, ob die Reichsregierung ihren beanstandeten Schritt in Preussen auf Grund eines Einverständnisses mit den Nationalsozialisten unternommen habe.

Der Vertreter des Reichs erklärte im Namen des Kanzlers ausdrücklich dass das nicht der Fall sei. Er gab die Darstellung, dass der preussische Innenminister Severing in einer Unterhaltung mit dem Reichsinnenminister v. Gayl noch vor dem 20. Juli die Ernennung eines Hohen Kommissars für Preussen verlangt habe. Da der Gerichtshof, um Zeit zu sparen, keine mündliche Zeugnisaussagen der Staatsmänner, welche bei den verschiedenen Streitpunkten eine Rolle spielen, wünscht, sind sowohl Severing als Gayl ersucht worden schriftliche Erklärungen darüber abzugeben.

Diese haben jedoch wenig zur Klärung des Dunkels beigetragen, denn, wenn auch beide Erklärungen anscheinend sich auf die gleiche Unterhaltung beziehen, so sind sie doch in ihrer Auffassung grundsätzlich verschieden. Gayl bleibt bei der Erklärung, dass Severing für eine baldige Ernennung des Kommissars gewesen sei, während Severing mit grösster Bestimmtheit sagt, er habe etwas derartiges weder gesagt noch überhaupt daran gedacht.

Auswärtiger Ausschuss des Reichstags wirft der Regierung „wiederholten Verfassungsbruch“ vor.

Berlin, 11. Oktober (T.O.A.) In Abwesenheit der Minister, die ja seiner Zeit erklärt haben, dass sie vor den Reichstagsausschüssen nicht mehr erscheinen werden, trat der Auswärtige Ausschuss des Reichstags zusammen und brachte seinen einstimmigen Beschluss heraus, der der Regierung „wiederholten Verfassungsbruch“ zum Vorwurf macht.

Die Polizei erklärt ihr Vorgehen gegen die Nationalsozialisten.

Berlin, 11. Oktober (T. O. A.) Der Berliner Polizeipräsident erliess eine Verordnung, mit der er die geplante nationalsozialistische Kundgebung im Berliner Sportpalast am Freitag verbot. Als Grund gibt er an, dass die Nationalsozialisten anscheinend auf Anweisung von ihren Führern dauernd versuchen Wahlversammlungen anderer politischer Parteien zu sprengen. Vor einiger Zeit habe schon die Regierung erklärt, dass politische Gruppen, welche sich Gewalttaten während der Wahlzeit zuschulden kommen lassen, in dieser Weise bestraft werden.

Die Börse fasst Vertrauen.

Berlin, 11. Oktober (T. O. A.) Bei schwacher Eröffnung der Börse gingen die Preise um 1 bis 2% herab. Auf die Gerüchte von der Rede des Reichskanzlers in München, die optimistischen Ausblick bezgl. der wirtschaftlichen Lage ermöglichte, machte sich die Tendenz zur Erholung bemerkbar. Infolgedessen wurden die Anfangsnoteierungen wieder erreicht und in einigen Fällen sogar überschritten. Tägliches Geld 4 3/8 bis 5 3/8%.

Gronau in Rangoon.

Berlin, 11. Oktober (T. O. A.) Nachrichten aus Rangoon besagen, dass der Dampfer „Caragola“ mit der Mannschaft des Gronauschen Dornier Wal, der infolge des Bruches eines Kühlrohrs gezwungen war, auf der Malaischen See niederzugehen, dort eingetroffen ist.

Auch das Flugboot ist in den Hafen geschleppt worden. Man hofft, dass v. Gronau seinen Flug fortsetzen kann, nachdem die notwendigen Reparaturen vorgenommen sind.

Ungarn verlangt Gleichberechtigung in der Rüstung.

Budapest, 11. Oktober (T. O. A.) Der Premierminister Gömbös gab vor der Kammer eine Erklärung über die Politik ab, worin er öffentlich für Ungarn das gleiche Recht in der Abrüstungsfrage verlangte und damit den deutschen Standpunkt stützte. Er sagte, dass seine Regierung sich bestrebe mit den Donauraumstaaten, nämlich Polen und Deutsch-Oesterreich gute Beziehungen zu pflegen, insbesondere durch Regelung der Handelsbeziehungen.

Das Gerücht von den monarchistischen Plänen von der Reichsregierung bestritten.

Berlin, 11. Oktober (T. O. A.) Regierungskreise erklären, es sei auch nicht die geringste Begründung für die „fantastischen“ Berichte, dass der Reichspräsident oder das Kabinett eine Wiederherstellung der Monarchie planen. Davon weiss eine Sensationsmeldung des „Vorwärts“ zu berichten, die auch das „Berliner Tageblatt“ bestätigt, und nach der der ehemalige Kronprinz hinter diesem Gedanken steht. Der „Vorwärts“ hatte behauptet, dass der Kronprinz öffentlich erklärt habe, zu gegebener Zeit werde Hindenburg ihn zum Regenten ernennen und bei Ausübung dieses Amtes werde er -- der frühere Kronprinz -- sich auf die Reichswehr, auf die Polizei und auf 400 000 bewaffnete Stahlhelmer stützen. Die sozialdemokratische Zeitung sagt dann noch weiter, der frühere Kronprinz habe geäussert, dass Kronprinz Rupprecht von Bayern mit dem Plan einverstanden sei und am gleichen Tage den Thron einer „Donaumonarchie“ besteigen werde.

Das „Berliner Tageblatt“ sagt, dass diese Pläne in weiten Kreisen erörtert würden, will aber nicht glauben, dass der Präsident oder die Kabinettsmitglieder auch nur die geringste Sympathie mit diesem Plane haben.

Aufstände in Jugoslawien.

Wien, 11. Oktober (T. O. A.) Die jugoslawische Gesandtschaft hier bezeichnet die dauernden Gerüchte von grossen kroatischen Bauernaufständen in Jugoslawien als unbegründet. Es wird allerdings eingeräumt, dass die ländliche Polizei mit einzelnen Bauern Zusammenstösse gehabt hat, und dass Gewehre, Munition, Bomben und anderes Kriegsmaterial von Fiume aus nach Jugoslawien eingeschmuggelt werde. Die Regierung sehe sich aus dem Grunde gezwungen ausserordentliche Massnahmen zu ergreifen, um den Schmuggel zu unterbinden.

Ausschluss aus der Kommunistischen Partei.

Kamenjef und Sinovjef ausgeschlossen.

Moskau, 11. Oktober (T. O. A.) Der Kontrollausschuss der kommunistischen Partei beschloss auf seiner Jahresversammlung 20 Mitglieder auszuschliessen, denen zum Vorwurf gemacht wird, sie hätten in der Partei gewählt, um die Parteidisziplin zu untergraben. Unter den Ausgeschlossenen sind die einstmals sehr bekannten bolschewistischen Führer Kamenjef und Sinovjef.

Ein weiblicher Polizeihauptmann in der Türkei.

Angora, 18. Oktober (T. O. A.) Zum ersten Mal ist in der Türkei eine Frau zum Distriktpolizeihauptmann ernannt worden. Es handelt sich um Huzetje Hanum, welche mit der Leitung eines der wichtigsten Polizeiamter in Istanbul betraut ist.

Die Mandschuguo ist nur Vorbereitung auf die Wiederherstellung der Monarchie in China?

Tokio, den 12. Oktober (Reuter) Ting Chih-yuan, der persönliche Vertreter von Pu Yi, der gegenwärtig in Tokio auf der Durchreise nach Genf ist, soll zu verstehen gegeben haben, dass die Gründung der Mandschuguo nur ein vorbereitender Schritt zur Wiederherstellung der Monarchie in China sei.

Tokio, den 12. Oktober (Reuter) Die angebliche Aeusserung von Ting Chih-yuan scheint Meldungen aus einer ausländischen Quelle in Changchun Bedeutung zu geben, welche besagen, dass Boten aus einer Anzahl von Provinzen südlich der Grosse Mauer kurz, nachdem Japan die Mandschuguo anerkannt hatte, Pu Yi und ferner den Aussenminister und Premierminister besucht und die Hoffnung geäussert hätten, dass Hopei, Schantung, Schansi und andere Provinzen bereit seien sich der Mandschuguo anzuschliessen.

Nach diesen Berichten haben diese Boten Pu Yi Mut gemacht zu der Hoffnung, in nicht allzu ferner Zeit den Drachenthron wieder besteigen zu können. Der erste Schritt dazu würde der Feldzug nach Jehol sein, den die japanischen Truppen, wie man erwartet, Ende des Jahres oder im nächsten Frühjahr durchführen werden.

Wie es heisst, sind die Ratgeber von Pu Yi davon überzeugt, dass die einzige Möglichkeit zur Bekämpfung der Weiterausbreitung des Kommunismus und zur Wiederherstellung von Einigkeit und Sicherheit in China die Rückkehr zur Monarchie sei. Sie sind davon überzeugt, dass Pu Yi in ganz China Widerhall finden wird, wenn es ihm gelingt, die Nord-Provinzen mit der Mandschuguo zu vereinen.